

Rede zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplans – 7.2.2013

In der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans ist die Schließung von drei Grundschulstandorten vorgesehen.

Das Wohl der Kinder, der Wunsch der Eltern und hohe Kosten wegen zu geringer Schülerzahlen sind die Argumente für die Schulstandortschließung. Und Schulträger ist der Landkreis. Deshalb steht jetzt auch die Entscheidung im Kreistag an. Diese Argumente reichen uns für einen so weit reichenden Schritt nicht. Das Wohl der Kinder ist selbstverständlich und sollte in jeder Schule und an jedem Schulstandort ganz oben stehen.

Schulstandortschließungen verändern die betroffenen Gemeinden. Beteiligt werden bei geplanten Schließungen nur die jeweils von der Schließung betroffenen Eltern. Mit der drohenden Schließung wird den Eltern gleichzeitig frühzeitig ein Wechsel zu einer anderen Schule „schmackhaft“ gemacht. Dadurch sinken die Schülerzahlen noch einmal.

Warum werden nicht frühzeitig Alternativen, wie z.B. rechtzeitige Umstrukturierung der Zuordnung von Gemeinden/Ortsteilen oder aber ein Angebot der 0. Klasse (Vorschulklasse) angeboten. Eine 0. Klasse anstelle des letzten kostenfreien Kindergartenjahres würde die Kommunen im Bereich der Kindergärten entlasten, das Land könnte anstelle der Kindergartenkosten die Kosten für eine Vorschulkraft übernehmen. Die Schule wäre für Eltern vielleicht dadurch attraktiver.

In kleinen Schulen lernen die Kinder nicht so viel wie in großen. Auch dieses Argument kann ich zumindest für die Kinder aus Oberelsungen nicht bestätigen. Gerade diese Kinder haben ein weiterentwickeltes Sozialverhalten und sind auch leistungsmäßig vielen andern Kindern überlegen.

Schulpolitik ist nicht nur Schule, sondern für uns gleichzeitig auch Infrastrukturpolitik. Wir wollen, dass Lebensqualität auf dem Lande erhalten bleibt.

Schulstandortschließungen bewirken aber das Gegenteil. Notwendige Infrastruktur wird nachhaltig zerstört. Da stellt sich die Frage, was wird als nächstes gestrichen? Die Grundversorgung der kurzen Wege oder die ärztliche Versorgung? Alles Dinge, die besonders wichtig auch für eine älter werdende Bevölkerung sind. Wie entwickelt sich daraus resultierend der Wohnungsmarkt? Sinkt der Wert der Immobilien im Ort durch das Wegbrechen von Infrastruktur?

Wir meinen, es geht bei der Schulstandortschließung nicht nur um die Schule, sondern auch um die Zukunftsperspektive des Ortes. Und da müssen alle Einwohner des betroffenen Ortes mitreden dürfen und in die Entscheidungsprozesse mit eingebunden werden! Das war hier auf jeden Fall nicht so.

Wir sprechen uns daher gegen die Fortschreibung in der vorgelegten Form aus.

(Bärbel Mlasowsky)